

# Wie können Menschen mit intellektuellen Behinderungen am politischen Leben teilhaben?

Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft



Das ist eine leicht verständliche Zusammenfassung  
der Empfehlungen für Politik und Gesellschaft  
zur politischen Teilhabe für Menschen mit Behinderungen.  
Wenn du mehr über das Gesagte erfahren möchtest,  
bitte jemanden, dir zu helfen,  
das Dokument in schwerer Sprache zu verstehen.  
Du wirst dort auch Angaben finden,  
woher wir die Informationen zur Erstellung dieses Dokumentes haben.

# myPart – Partizipatorische Ansätze in der politischen Bildung mit und für Menschen mit intellektuellen Behinderungen

## IMPRESSUM:

Inhalt: Lebenshilfen Soziale Dienste GmbH  
Conrad-von-Hötzendorfstr. 37a  
8010 Graz  
Austria

Partner: Zavod RISA, Podgorje pri Slovenj Gradcu, Slovenia  
FENACERCI, Lisbon, Portugal  
Laterna Magica, Budapest, Hungary

Korrekturlesen: Kleine Zeitung inklusiv, Lebenshilfen Soziale Dienste GmbH

Grafiken: Peter Gaber

**lebenshilfe**  
*Wege für Menschen*



Laterna  
Magica

© Europäisches Leichter-Lesen Logo:  
Inclusion Europe.  
Mehr Information auf  
[www.inclusion-europe.eu/easy-to-read](http://www.inclusion-europe.eu/easy-to-read)



Die Unterstützung der Europäischen Kommission für die Erstellung dieser Veröffentlichung stellt keine Billigung des Inhalts dar, welcher nur die Ansichten der Verfasser wiedergibt, und die Kommission kann nicht für eine etwaige Verwendung der darin enthaltenen Informationen haftbar gemacht werden.



Co-funded by the  
Erasmus+ Programme  
of the European Union

Das bedeutet:  
Die Europäische Union hat dieses Projekt finanziert.  
Die EU ist nicht für den Inhalt verantwortlich.  
Die Verantwortung dafür liegt bei der Projektpartnerschaft.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer » [Creative Commons Attribution-NonCommercial 4.0 International License](https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/).

Das bedeutet:  
Sie können diese Broschüre und  
das darin enthaltene Material verwenden.  
Sie können es für Ihre Zwecke verwenden.  
Sie müssen die Herkunft angeben: das myPart-Projekt.  
Sie dürfen die Broschüre und das darin enthaltene Material  
nicht verkaufen.



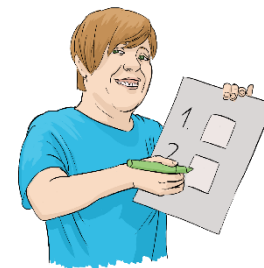
# Inhaltsverzeichnis

<b>Worum geht es in diesem Dokument? .....</b>	<b>7</b>
<b>Welche Gesetze haben wir?.....</b>	<b>10</b>
<b>Politische Teilhabe und aktive Staatsbürgerschaft .....</b>	<b>19</b>
<b>Geschichten aus dem wahren Leben .....</b>	<b>24</b>
<b>Empfehlungen.....</b>	<b>31</b>

# Worum geht es in diesem Dokument?

Der Artikel 29 der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung besagt, dass Menschen mit Behinderungen das Recht auf politische Teilhabe haben. Wir werden einfach »Konvention« sagen, um es kurz zu machen.

Das bedeutet, dass sie das Recht haben sollten, zu wählen und gewählt zu werden, und Zugang zum Wahlprozess zu haben und ihn zu verstehen.

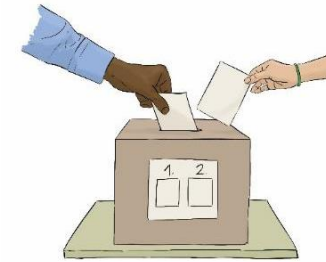


Das Projekt myPart möchte  
Menschen mit intellektuellen Behinderungen helfen,  
an der Politik teilzuhaben.

Es möchte auch den Politikern und  
den Personen, die Gesetze machen,  
etwas über das Recht an politischer Teilhabe erzählen.

Das myPart-Projekt läuft in 4 Ländern:  
Österreich, Ungarn, Portugal und Slowenien.  
Alle 4 Länder haben die Konvention unterzeichnet.  
Sie müssen einhalten,  
was in Artikel 29 der Konvention steht.

Wählen und an Wahlen teilnehmen,  
ist ein großer Teil der staatsbürgerlichen Teilhabe.



Dieses Dokument wird dir berichten,  
was in diesen Ländern geschieht.

Welche Gesetze es dort gibt, um sicherzustellen,  
dass Menschen mit intellektuellen Behinderungen  
an der Politik teilhaben können.

Wir haben Empfehlungen geschrieben.

In diesen Empfehlungen geht es darum,  
wie sichergestellt werden kann,  
dass Menschen mit intellektuellen Behinderungen  
am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Wie sie etwas über Politik lernen.

Wie sie an Wahlen teilnehmen können.





# Welche Gesetze haben wir?

Es gibt Gesetze zur politischen Teilhabe  
von Menschen mit Behinderungen.

Einige von ihnen sind international und europäisch.

Andere sind national.

Wir werden über einige der wichtigeren Gesetze sprechen.

## **International und Europäisch**

Die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ist ein internationales Übereinkommen.

Es werden keine neuen Rechte geschaffen.

Aber die Konvention besagt,  
dass alle Menschen mit Behinderungen  
die gleichen Rechte haben wie alle anderen Menschen.

Denn in der Konvention ist von Menschenrechten die Rede.

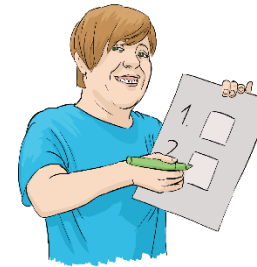
Und wir sind alle Menschen.

Wenn ein Land die Konvention unterzeichnet,  
muss es sicherstellen,  
dass es alle Rechte einhält,  
die in der Konvention enthalten sind.

Österreich, Ungarn, Portugal und Slowenien  
haben die Konvention unterzeichnet.

Wenn sie Gesetze haben,  
die nicht mit der Konvention übereinstimmen,  
dann müssen sie diese ändern.  
Dafür haben sie etwas Zeit.

Artikel 29 der Konvention besagt,  
dass Menschen mit intellektuellen Behinderungen  
das Recht haben,  
an der Politik teilzuhaben.



Aber es gibt auch noch andere wichtige Artikel in der Konvention.

Artikel 12 besagt,

dass Menschen mit Behinderungen

vor dem Gesetz gleich behandelt werden müssen.

Er besagt, dass sie das Recht haben,

ihre eigenen Entscheidungen über wichtige Dinge zu treffen.

Das nennt man Rechtsfähigkeit.

Die Rechtsfähigkeit ist wichtig für die Teilhabe an der Gesellschaft.

In einigen Ländern ist das Wahlrecht

an die Rechtsfähigkeit geknüpft.

Manchmal bedeutet dies,

dass man nicht an der Wahl teilnehmen kann,

wenn es Einschränkungen der Rechtsfähigkeit gibt.

Dies ist in Ungarn, Portugal und Slowenien der Fall.

In Österreich kann man auch wählen,

wenn jemand nicht rechtsfähig ist.

In Artikel 9 der Konvention geht es um die Barrierefreiheit.  
Er besagt, dass Menschen mit Behinderungen  
Zugang zu allen Bereichen des Lebens haben müssen.  
Das bedeutet, Zugang zu Verkehrsmitteln, Informationen,  
Krankenhäusern, Schulen und neuen Technologien zu haben.

Um am öffentlichen und politischen Leben teilhaben zu können,  
brauchen Menschen Informationen in Einfacher Sprache.  
Sie müssen ihre Rechte kennen und wissen,  
wie sie diese einfordern können.  
Sie müssen auch wissen,  
was die politischen Parteien sagen.  
Und sie müssen über  
Gesetze und politische Bestimmungen erfahren,  
die ihr Leben beeinflussen.

Die Europäische Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 ist ein Plan für die nächsten 10 Jahre.

Dieser Plan zeigt, wie die Europäische Union die Rechte von Menschen mit Behinderungen schützen will.

Mit diesem Plan will die Europäische Kommission sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen ihre Rechte wahrnehmen können.

Und dass sie die gleichen Chancen im Leben haben, wie andere Staatsbürger auch.

# BÜRGERLICHE UND POLITISCHE RECHTE

## Österreich

In Österreich können alle Menschen mit intellektuellen Behinderungen wählen und gewählt werden.

Der Nationaler Aktionsplan Behinderung 2010-2020 enthält einen Punkt zur Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben. Darin steht, dass schriftliche offizielle Dokumente für alle zugänglich sein müssen.

Er besagt auch, dass politische Bildung für Erwachsene verständlich sein soll.

In Österreich können Menschen mit intellektuellen Behinderungen an der Politik teilhaben.

Aber das Recht, Geschworener oder Laienrichter zu sein, kann ihnen verwehrt bleiben.

Ein Laienrichter ist eine Person, die dem Richter bei der Entscheidung hilft.

## **Ungarn**

In Ungarn gibt es ein Gesetz zur Gleichbehandlung und Förderung der Chancengleichheit.

Dieses Gesetz bezieht sich auf die Bereiche Beschäftigung, Wohnen, Bildung, Ausbildung, Waren und Dienstleistungen. Dieses Gesetz spricht nicht über Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben.

Das ungarische nationale Programm für Menschen mit Behinderungen 2015-2025 besagt, dass alle Menschen in die Gesellschaft miteinbezogen werden müssen.

Es besagt, dass Menschen mit Behinderungen das Recht haben, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte auszuüben.

Die ungarische Verfassung besagt, dass Menschen mit intellektuellen Behinderungen trotzdem das Wahlrecht verweigert werden kann.

Dies kann geschehen, wenn sie eine Erwachsenenvertretung haben.

Die Entscheidung darüber trifft ein Gericht.



## **Portugal**

Die portugiesische Verfassung besagt,  
dass jeder Bürger am politischen und öffentlichen Leben teilhaben kann.

Sie besagt auch,  
dass es einige Fälle gibt,  
in denen dieses Recht verweigert werden kann.

Im Jahr 2018 wurde das Erwachsenenvertretungsrecht geändert.

Aber es erlaubt Richtern noch immer,  
über politische Teilhabe zu entscheiden.

Das hat zur Folge,  
dass Menschen mit intellektuellen Behinderungen das Recht,  
zu wählen und gewählt zu werden, verweigert werden kann.

In Portugal ist es auch möglich,  
das Wahlrecht am Wahltag zu verweigern.

Der Vorsitzende eines Wahllokals kann eine ärztliche Erklärung verlangen,  
dass jemand wahlberechtigt ist.

## **Slowenien**

Die slowenische Verfassung besagt,  
dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind.  
Sie schränkt für Menschen mit Behinderungen Rechte nicht ein.  
Aber das Wahlgesetz der Nationalversammlung besagt,  
dass manche Menschen nicht wählen oder gewählt werden können.  
Dies kann der Fall sein,  
wenn jemand eine Erwachsenenvertretung hat.  
Ein Gericht kann beschließen,  
dieses Rechte zu entziehen.

Das Aktionsprogramm für Menschen mit Behinderungen  
und das Gesetz zum Schutz vor Diskriminierung  
sagen nichts darüber aus,  
wie Menschen mit intellektuellen Behinderungen am politischen Leben  
teilhaben können.  
Slowenien ist dabei, einige Gesetze zu überarbeiten,  
die den Menschen mit Erwachsenenvertretung das Wahlrecht entziehen.

# Politische Teilhabe und aktive Staatsbürgerschaft

Menschen mit intellektuellen Behinderungen werden leider noch oft vom politischen und öffentlichen Leben ausgeschlossen. In einigen europäischen Ländern gibt es Gesetze, die ihnen das Recht auf politische Teilhabe entziehen, wenn man einen Erwachsenenvertreter hat.

Wenn man einen Erwachsenenvertreter hat, darf man nicht alle Entscheidungen alleine treffen. Das hat zur Folge, dass einige zürgerliche und persönliche Rechte nicht ausgeübt werden können.



Die Konvention hat dies geändert.  
Sie besagt,  
dass jeder das Recht auf politische Teilhabe hat.  
Dass jeder das Recht hat,  
in der Gesellschaft dabei zu sein.  
Dies gilt auch für die politische Teilhabe.

Bildung ist wichtig,  
um die politischen Rechte auszuüben.  
Bildung unterstützt Menschen,  
die staatsbürgerlichen Rechte auszuüben.  
Das bedeutet,  
dass Menschen mit intellektuellen Behinderungen  
Zugang zu Bildung haben müssen.



Um aktive Staatsbürger zu sein,  
brauchen Menschen Zugang zu Informationen,  
öffentlichem Verkehr und zu öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen.  
Und natürlich brauchen sie die Rechtsfähigkeit,  
um all diese Rechte wahrnehmen zu können.

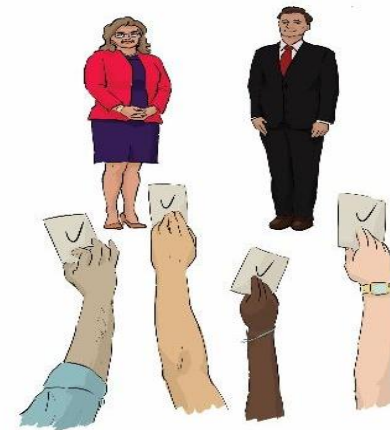
Die Möglichkeit,  
Politik und Gesetze zu beeinflussen,  
ist für alle Bürger sehr wichtig.  
Es ist ein Menschenrecht.



Eine Möglichkeit,  
dies zu tun, ist die Teilnahme an Wahlen.

Wenn du wählst,  
nimmst du am staatsbürgerlichen und politischen  
Leben teil.

Ein Kandidat bei Wahlen zu sein,  
ist auch eine Teilnahme am politischen Leben.



Aber es gibt noch andere Möglichkeiten,  
etwas beizutragen.

Zum Beispiel:

- Teilnahme an Demonstrationen,
- Teilnahme an öffentlichen Diskussionen
- Unterschreiben von Petitionen.

Eine Petition ist ein Brief mit dem man zum Beispiel  
um die Änderung eines Gesetzes bitten kann.



Menschen mit intellektuellen Behinderungen haben bei ihrer politischen Teilhabe mit Hindernissen zu kämpfen. In der Gesellschaft gibt es Schwierigkeiten

- Teilzuhaben,
- Vertreten zu sein,
- Dienstleistungen und Gesetzen zu finden, die auf ihre Bedürfnisse abgestimmt sind.
- In ihrer Vielfalt/Einzigartigkeit akzeptiert zu werden.

Es braucht Maßnahmen, um diese Hindernisse zu überwinden.

Es braucht ein System, das ihre bürgerlichen und politischen Rechte umsetzt.

Sie müssen in Politik und in Organisationen einbezogen werden.

Es braucht Gesetze gegen Diskriminierung.

Es braucht ein Parteien- und Wahlsystem, das sie und ihre Bedürfnisse miteinbezieht.

Und es braucht eine Gesellschaft, die die Bürger- und Menschenrechte kennt.

# Geschichten aus dem wahren Leben

## Österreich

Im Jahr 2014 gründete die Lebenshilfe eine Gruppe.

Die Politische Gruppe.

Das ist eine Gruppe von Menschen mit intellektuellen Behinderungen,  
die sich für Politik interessieren und einsetzen.

Sie teilen Informationen über Politik mit den Gruppenmitgliedern.

Und sie führen Diskussionen.

Manchmal laden sie Leute zu ihren Treffen ein.

Zum Beispiel Politiker.



Die Gruppe trifft sich 3 bis 5 Mal im Jahr.

In den ersten Treffen wurde über grundlegende Themen gesprochen.

Zum Beispiel,

Was ist Demokratie?

Oder Wählen in Österreich.

Sie haben auch etwas über die Programme der politischen Parteien erfahren.

Sie luden auch Leute der Regierung zu ihren Treffen ein.

Jetzt diskutieren sie über andere Themen, wie zum Beispiel Migration.

Migranten sind Menschen aus anderen Ländern, die in unser Land kommen, um hier zu leben.

Die Diskussionen finden in kleinen Gruppen statt und die Ergebnisse werden am Ende mit allen geteilt.



## **Ungarn**

F. lebt mit seinen Eltern in Budapest.

Als er die Schule beendet hat,

hat er begonnen, in einer Firma zu arbeiten.

Jetzt arbeitet er für eine Organisation für Selbstvertretung.

Er schult andere dabei unabhängig zu leben.

Oder wie man in der Gemeinschaft leben kann.

In seiner Freizeit geht er gerne in die Tagesstätte,

sieht fern, hört Volksmusik und

sammelt DVDs und Bücher.

F. hat das Wahlrecht.

Er hat eine klare Meinung über die Politiker.

Er liest die Zeitungen und sieht fern.

Er möchte informiert sein.

Er findet,

dass politische Programme in Einfacher Sprache sein sollten.

Er denkt auch,

dass die Wahlzettel einfacher zu verstehen sein sollten.

Er ist froh, keinen Erwachsenenvertreter zu haben.

Deswegen kann er wählen.

Er findet, dass Richter nicht

das Wahlrecht einer Person einschränken dürfen.

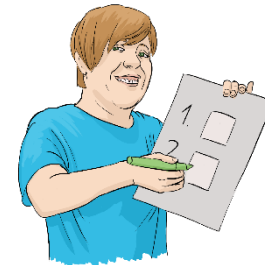
Er sagt:

“Ich denke nicht, dass Richter das tun dürfen sollten.

Ich denke, je mehr Leute zu Wahlen gehen, desto besser.

Ich ermutige jeden meiner Kollegen, wählen zu gehen.

Denn ihr habt das Recht, dies zu tun!”



## Portugal

2019 hat ein Gericht einem 64-jährigen Mann das Wahlrecht verweigert.

Das Gesetz erlaubt dem Gericht diese Einschränkung.

Das Gericht hat ihm auch andere Rechte entzogen:

- Das Recht, zu heiraten;
- Das Recht, Vater zu sein;
- Das Recht, alleine in ein anderes Land zu ziehen;
- Das Recht, selbst zu entscheiden, wo und mit wem er lebt;
- Und das Recht, irgendein offizielles Dokument zu unterschreiben.



Das Gericht hat das entschieden,  
weil er ein Alkoholiker war und  
er eine intellektuelle Behinderung hat.

Das Gericht hat erklärt,  
dass er deswegen nicht in der Lage ist,  
seine Rechte und Pflichten zu verstehen und auszuüben.

## Slowenien

In Slowenien hat ein Gericht entschieden,  
einem Menschen mit intellektuellen Behinderungen  
das Wahlrecht zu entziehen.

Das wurde in einem Verfahren  
zur Erweiterung der elterlichen Rechte gemacht.

Das bedeutet,  
dass die Eltern Entscheidungen über  
das Leben ihres erwachsenen Sohnes treffen können.  
Der Vater war mit dieser Entscheidung nicht einverstanden.



2015 beschwerte er sich beim Ombudsmann der Republik Slowenien.

Der Ombudsmann ist jemand,  
der die Rechte von Menschen schützt.

Der Vater wollte wissen,  
ob diese Entscheidung gegen  
die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verstößt.

Der Ombudsmann sagte,  
dass der Vater Recht hat.  
Dass die nationalen Gesetze nicht die Konvention respektieren.  
Das Gericht hat entschieden zu prüfen,  
ob die Person in der Lage war,  
das Wahlverfahren zu verstehen.  
Sie haben viele Fragen gestellt.  
Die Person war sehr verärgert über die Art und Weise,  
wie sie dies gemacht haben.  
Der Mann hatte das Gefühl,  
wie ein Verbrecher behandelt worden zu sein.

# Empfehlungen

Das myPart-Projekt möchte Politikern und den Personen, die Gesetze machen Vorschläge machen. Vorschläge darüber, wie Menschen mit intellektuellen Behinderungen besser am politischen Leben teilhaben können.

Die Empfehlungen betreffen:

- Die Gesetze,
- Die Art und Weise, wie die Gesellschaft Menschen mit intellektuellen Behinderungen sieht,
- Barrierefreiheit
- Aktive Teilhabe.

## Gesetze

- Keine Gesetze, die die Rechtsfähigkeit mit politischer Teilhabe und dem Wahlrecht verbinden.
- Keine Einschränkung der Rechtsfähigkeit, weil eine Person eine intellektuelle Behinderung hat.
- Einführen von unterstützter Entscheidungs-Findung.  
Das ist wenn man Unterstützung bei der Entscheidungsfindung bekommt.  
Dafür Weglassen von fremden Entscheidungen.  
Das ist wenn jemand für dich entscheidet.
- Sicherstellen,  
dass jeder Beschwerden einreichen kann.  
Auch wenn man einen Erwachsenenvertreter hat.





## **Die Art und Weise, wie die Gesellschaft Menschen mit intellektuellen Behinderungen sieht**

- Organisieren von Maßnahmen,  
um alle über das Recht auf politische Teilhabe von Menschen mit intellektuellen Behinderungen zu informieren.  
Organisationen und Menschen mit intellektuellen Behinderungen sollen die Maßnahmen mitgestalten.
- Sicherstellen,  
dass Menschen mit intellektuellen Behinderungen das Gesicht dieser Maßnahmen sind.
- Sicherstellen, dass Menschen mit intellektuellen Behinderungen an den Wahl-Diskussionen im Fernsehen, Radio und Internet teilnehmen.
- Sicherstellen, dass alle Debatten für Menschen mit intellektuellen Behinderungen zugänglich sind.

- Menschen mit intellektuellen Behinderungen zeigen, wie man ein aktiver Staatsbürger sein kann.
- Menschen mit intellektuellen Behinderungen zeigen, wie sie Soziale Medien nutzen können (wie Facebook, Instagram, Twitter).
- Workshops und Angebote der politischen Bildung leicht verständlich machen.
- Sicherstellen, dass junge Menschen mit und ohne Behinderung durch praktische Aktivitäten lernen, wie sie sich als Staatsbürger beteiligen können (Schülervertretung, Klassen-Sprecher, und andere).
- Sicherstellen, dass Familien die Wichtigkeit von Wahlrechten kennen.

- Schulungen für Beamte und andere Menschen durchführen, die am Wahlprozesse beteiligt sind.  
Sie sollen über Diskriminierung Beschied wissen.  
Und wie man Menschen mit intellektuellen Behinderungen am besten unterstützen kann.
- Richtlinien für die Unterstützung von Wählern mit einer Behinderung ausarbeiten.

## Barrierefreiheit

- Sicherstellen, dass:  
Öffentliche Gebäude,  
Wahllokale,  
Parlamente und  
Regierungsgebäude für alle zugänglich sind.
- Sicherstellen, dass es Informationen über  
den Wahlprozess und politische Programme  
in leicht lesbarer Form gibt.
- Menschen mit intellektuellen Behinderungen die Möglichkeit geben,  
zu üben, wie man wählt.  
Zum Beispiel kann man ein Übungs-Wahllokal einrichten.
- Sicherstellen, dass die Stimmzettel für alle Menschen zugänglich und  
verständlich sind.



- Dafür sorgen, dass es am Wahltag einen zugänglichen und kostenlosen Transport zum und vom Wahllokal gibt.
- Das Einrichten einer einfach zugänglichen Informations-Hotline für Menschen mit intellektuellen Behinderungen und Assistenten.

.

## Aktive Teilhabe

- Sammeln von Daten über die Politische Teilhabe von Menschen mit intellektuellen Behinderungen.
- Sicherstellen, dass Menschen mit intellektuellen Behinderungen an Wahlen teilnehmen.
- Sicherstellen, dass Kandidaten mit Behinderungen das Geld haben, für die zusätzlichen Kosten, die sie für ihre Teilnahme benötigen (z.B. Gebärdendolmetscher oder eine andere Art von Unterstützung).



Wenn du mehr Informationen erhalten möchtest,  
bitte jemanden dabei zu helfen,  
das Dokument **Empfehlungen für Politik und Gesellschaft** zu verstehen.  
Du findest es online unter <https://mypart-project.eu/>

**Lebenshilfen Soziale Dienste GmbH**  
[www.lebenshilfen-sd.at](http://www.lebenshilfen-sd.at)

**lebenshilfe**  
*Wege für Menschen*

**Zavod RISA**  
[www.risa.si](http://www.risa.si)



**FENACERCI**  
[www.fenacerci.pt](http://www.fenacerci.pt)



**Laterna Magica**  
[www.laterna.hu](http://www.laterna.hu)



Laterna  
Magica